

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
10.12.2009, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:

1. stellv. Ratsvorsitzende:

2. stellv. Ratsvorsitzender:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Karlheinz Bäker

Hannelore Schneider

Jörn Kickler

Gerd-Christian Wagner

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Karin Agostini

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Karin Boomhuis

Dirk Brumund

Ludwig Bunjes

Gerald Chmielewski

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold

Karl-Heinz Funke

Walter Heidenreich

Christoph Hinz

Kurt Klose

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Hans-Hermann Niebuhr

Georg Ralle

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Bernd Redeker

Claudia Rohlf

Steffen Schwärmer

Peter Tischer

Elke Vollmer

Dorothea Weikert

Herbert Zeidler

Gleichstellungsbeauftragte:

Brigitte Kückens

von der Verwaltung:

Rainer Adler

Olaf Freitag

Marion Groß

Rolf Heeren

Jörg Kreikenbohm

Rainer Rädicker

Gisela Wilksen

TOP 4.1.1.1 – Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes und Änderung des Flächennutzungsplans in Obenstrohe (südlich der Sporthalle) – wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Antragsteller mit anliegendem Schreiben seinen Antrag zurückgezogen hat. Die TOP 4.1.1.2 und 4.1.1.3 werden zu TOP 4.1.1.1 und 4.1.1.2.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 12.11.2009
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 Verwaltungsausschuss am 03.12.2009**
- 4.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 17.11.2009**
- 4.1.1.1 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplans für die Errichtung von Windkraftanlagen in Almsee - Grünenkamp
- 4.1.1.2 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung eines Bebauungsplans für die Erweiterung der Papier- und Kartonfabrik Varel (Fläche zwischen Hellmut-Barthel-Straße/Bürgermeister-Heidenreich-Straße/Waisenhaus Varel)
- 4.1.2 Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk am 01.12.2009**
- 4.1.2.1 Grundsätzliches über die Fortführung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel; hier: Betriebsführungsvertrag über die technische und kaufmännische Verwaltung des Vareler Wasserwerkes zwischen der EWE AG und der Stadt Varel
- 4.1.3 Anträge an den Rat**
- 4.1.3.1 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 89 NGO
- 4.1.3.2 Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeit des Atomkraftwerkes Unterweser; Antrag der Fraktion MMW
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Behandlung von Anfragen und Anregungen**
- 6.1 Straßenbeleuchtung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass Ratsfrau Lampe und die Ratsherren Bruns, Fianke und Hillebrand entschuldigt fehlen.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 12.11.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 12.11.2009 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage einer Einwohnerin, wann das Licht in Varel wieder eingeschaltet wird, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass das Thema in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr behandelt wurde und jetzt in die nachfolgenden Gremien geht.

4 Berichte und Anträge der Ausschüsse

4.1 Verwaltungsausschuss am 03.12.2009

4.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 17.11.2009

4.1.1.1 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplans für die Errichtung von Windkraftanlagen in Almsee - Grünenkamp Vorlage: 311/2009

Beschluss:

Gemäß §§ 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Der Bebauungsplan erhält die Nummer 194. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um die 10. Än-

derung. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss dagegen

4.1.1.2 Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung eines Bebauungsplans für die Erweiterung der Papier- und Kartonfabrik Varel (Fläche zwischen Hellmut-Barthel-Straße/Bürgermeister-Heidenreich-Straße/Waisenhaus Varel) Vorlage: 313/2009

Die Fraktion MMW begrüßt grundsätzlich die Erweiterung der Papier- und Kartonfabrik, bemängelt aber die Ausschussarbeit und die schnelle Entscheidung. Rats Herr I. Chmielewski hätte sich einen intensiveren Dialog mit der Firma gewünscht, um auch Planungsalternativen und die zukünftige Entwicklung der Firma zu diskutieren. Langfristig ist aus seiner Sicht ein Sprung über die K111 nicht zu vermeiden. Da noch zu viele Fragen offen sind, wird sich die Fraktion MMW bei der Beschlussfassung enthalten.

Rats Herr Hinz schließt sich grundsätzlich dem Redebeitrag des Rats Herrn I. Chmielewski an. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten sich eine ausführlichere Antragsbegründung, insbesondere in Bezug auf die Eilbedürftigkeit gewünscht. Aus ihrer Sicht ist die Lage der Erweiterung kein gutes Werbeschild für Varel. Diese Art der schnellen Politik möchten sie nicht mittragen und werden den Antrag daher aus diesem Grund ablehnen.

Beschluss:

Gemäß §§ 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Der Bebauungsplan erhält die Nummer 195. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um die 11. Änderung. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen.

**Ja: 26 Nein: 3 Enthaltungen: 4
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.1.2 Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk am 01.12.2009

4.1.2.1 Grundsätzliches über die Fortführung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel; hier: Betriebsführungsvertrag über die technische und kaufmännische Verwaltung des Vareler Wasserwerkes zwischen der EWE AG und der Stadt Varel Vorlage: 324/2009

Bürgermeister Wagner verweist auf die anliegende Stellungnahme der Kommunalaufsicht des Landkreises Friesland. Er merkt an, dass die Stellungnahme außer Acht lässt, dass die EWE weitere Optimierungsvorschläge gemacht hat. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, der EWE trotzdem nicht zu kündigen, entsteht

aus dem Gesamtzusammenhang.

Die Fraktion MMW hat im Vorfeld eine Ausschreibung unterstützt, um ein besseres Angebot für die Stadt zu erzielen. Aufgrund der jetzt durchgeführten Marktsondierung sind bis zum 26.11.2009 Angebote des OOWV und der EWE eingegangen, die kaum nennenswerte Unterschiede aufweisen. Beide wären aus Sicht des Rats Herrn I. Chmielewski in der Lage die Aufgabe in geforderter Qualität abzuliefern. Auch wenn eigentlich der Empfehlung der Kommunalaufsicht folge geleistet werden sollte, spricht sich die Fraktion MMW dafür aus, mit dem alten Vertragspartner weiter zu arbeiten. Die über den 26.11. hinaus eingegangenen Angebote über weitere Einsparmöglichkeiten können aus Sicht des Rats Herrn I. Chmielewski nicht ernsthaft geprüft werden. Er kritisiert aber auch, dass die EWE erst während der Marktsondierung die Einsparungen von über 60.000 € angedacht hat. Berücksichtigt man daher das Verhalten beider Anbieter könnte die MMW sich auch für eine Ausschreibung aussprechen, obwohl sie eigentlich Gegner einer europaweiten Ausschreibung ist.

Rats Herr Müller weist drauf hin, dass das Angebot des OOWV über 3.000 € günstiger ist. Darüber hinaus liegt der Stadt schriftlich ein Angebot über weitere Einsparmöglichkeiten in Höhe von ca. 10.-15.000 € vor. Damit kann der OOWV ca. 15.-20.000 € günstiger sein, als die EWE. Da es sich um ein Sondierungsverfahren handelte, ist es aus seiner Sicht unerheblich, wie die Angebote zustande gekommen sind. In Anbetracht der prekären Haushaltslage, sind das insgesamt sehr gute Argumente, um nach der Sondierung jetzt eine Ausschreibung durchzuführen. Die Angst vor einer europaweiten Ausschreibung hält Rats Herr Müller für übertrieben, insbesondere bei einer Laufzeit von max. 5 Jahren. Nur ein transparentes Ausschreibungsverfahren kann aus seiner Sicht die Gewähr dafür bieten, dass das Verfahren sauber läuft. Er appelliert daher an die anderen Fraktionen, den Vertrag mit der EWE zu kündigen und die Zeit von einem Jahr dazu zu nutzen, einen neuen Betreiber zu finden.

Rats Herr Tischer weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Kommunalaufsicht keine Weisung im rechtlichen Sinne, sondern lediglich eine Empfehlung ist. Im Sondierungsverfahren gab es mit dem 26.11. einen Redaktionsschluss. Dabei haben beide Anbietenden angedeutet, dass es weitere Nachbesserungen geben kann. Auch wenn man nach dem jetzigen Ergebnis zu dem Schluss kommen kann, dass man den Markt mit einer Ausschreibung testen möchte, spricht sich die CDU-Fraktion aus pragmatischen Gründen gegen eine Ausschreibung aus. Bei der EWE gibt es vier Positionen, die nicht investitionsabhängig sind und einen Betrag von ca. 47.000 € ausmachen. Diese Einsparung kann schon im laufenden Vertrag, der noch bis zum 31.03.2011 läuft, realisiert werden und bereits 2010 zu Einsparungen führen. Zu beachten ist, dass der Unterschied zwischen den Anbietern nicht sehr groß ist, aber eine europaweite Ausschreibung viel Geld kostet, wenn sie rechtlich abgesichert sein soll. Dafür müssen Fachleute herangezogen werden, die nicht unwesentliche Honorare nehmen. Für Dangast kostet die europaweite Ausschreibung ca. 80.000 €. Die CDU-Fraktion hält es daher für vertretbar, den Vertrag mit der EWE auf der Basis der aufgezeigten Optimierungsvorschläge zu verlängern.

Rats Frau Etzold bestätigt, dass sich die FDP grundsätzlich immer dafür ausspricht langfristige Verträge in gewissen Abständen neu auszuschreiben. Allerdings hält sie es in diesem Fall für vertretbar, nicht zu kündigen, da die Unterschiede zwischen den Anbietenden so klein geworden sind und die Kosten für eine Ausschreibung sehr hoch sind. Die FDP-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, wenn im Beschluss die Synergieeffekte der EWE enthalten sind.

Da im Ergebnis ein wesentlich günstigerer Preis entstanden ist, ist Ratsherr W. Langer insgesamt mit dem Verfahren sehr zufrieden. In Anbetracht der Gesamtkosten gibt es jetzt zwischen den beiden Anbietern nur einen unwesentlichen Unterschied in Höhe von ca. 3.000 €. Wobei für ihn nur die Angebote bis zum Stichtag relevant sind. Der OOWV wusste von dem Redaktionsschluss und er geht davon aus, dass der OOWV als erfahrener Betrieb, in dem Fall weiß was er tut. Es ist jetzt wichtig, das, was die EWE versprochen hat, in den nächsten Tagen mit ihnen schriftlich zu fixieren. Sollte das nicht möglich sein, muss spontan die Entscheidung geändert werden.

Ratsherr Müller vertritt die Auffassung, dass es im Sondierungsverfahren keinen Stichtag gibt und alle Nachbesserungen zum Angebot bis zur Entscheidung Berücksichtigung finden müssen. Für ihn ist es wichtig, zu erfahren, ob der Verzicht der EWE auf Dauer ist. Er hatte es so verstanden, dass die EWE zunächst nur für 2010 auf die Inrechnungstellung der 20.000 € verzichtet.

Nach überschlägiger Schätzung des Ratsherrn Funke und seiner Erfahrung von anderen Städten und Gemeinden kann im Wasserwerk darüber hinaus bis zu 40.000 € eingespart werden.

Ratsherr Böcker kann nur aufgrund konkreter Zahlen entscheiden. Zur Zeit ist das Wasserwerk in einem guten Zustand. Die EWE war über 50 Jahre lang ein guter Partner. Die Fraktion SDV möchte nicht das Risiko einer Ausschreibung eingehen und lehnt daher eine Kündigung des Vertrages ab.

Ratsherr I. Langer beantragt Schluss der Wortmeldungen und Abstimmung.

Die SPD-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung. Da der Antrag nicht von einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt wird, ist gem. § 15 der Geschäftsordnung nicht namentlich abzustimmen.

Der Beschlussvorschlag wird um die Synergieeffekte der EWE ergänzt.

Beschluss:

Das Vertragsverhältnis über die technische und kaufmännische Betriebsführung bleibt bestehen. Die aufgezeigten Optimierungsansätze sind schnellstmöglich umzusetzen.

Alle von der EWE aufgeführten Maßnahmen der Kostenreduzierung müssen zum 01.04.2011 wirken. Nachfolgend aufgeführte Reduzierungsansätze, die nicht an gesonderten Investitionen gekoppelt sind, müssen bereits im Haushaltsjahr 2010 wirksam werden. Die EWE hat eine entsprechende Bestätigung sofort vorzulegen.

Reduzierungsansätze:

- Umstellung Stromtarif; ca. 10.000 €
- Einseitiger Verzicht auf die Berechnung von Gebühren bei Baumaßnahmen und die Vergütung von Sonderarbeiten (§ 8 b) und c), ca. 20.000 €
- Kostenlose Entsorgung von Eisenschlamm aus der Aufbereitung in der Biogasanlage Wittmund, ca. 2.000 €
- Erstattung für den Einsatz eines Mitarbeiters des Wasserwerks Varel als akkreditierter Probennehmer (Dienstleistungsvertrag), ca. 15.000 €

**Ja: 25 Nein: 8
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.1.3 Anträge an den Rat

4.1.3.1 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 89 NGO Vorlage: 339/2009

Beschluss:

Zur Entrichtung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2009 wird der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 193.636,00 € gem. § 89 NGO zugestimmt.

(Einstimmiger Beschluss)

4.1.3.2 Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeit des Atomkraftwerkes Unterweser; Antrag der Fraktion MMW Vorlage: 349/2009

Ratsherr Funke regt einige redaktionelle Änderungen an, die einvernehmlich angenommen werden.

Beschluss:

Der anliegenden Resolution gegen die Verlängerung der Laufzeit des Atomkraftwerkes Unterweser wird zugestimmt.

**Ja: 22 Nein: 6 Enthaltungen: 5
damit mehrheitlicher Beschluss**

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner gibt einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2009. Er bedankt sich bei allen Ratsmitgliedern für ihre aktive Mitarbeit und der regen Diskussion, bei der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung und bei der Presse für ihre umfassende Berichterstattung. Er wünscht allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

6.1 Straßenbeleuchtung

In Bezug auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr erklärt Ratsherr Rathkamp, dass es nie sein Ansinnen war, die Initiative Licht zu beleidigen oder ihre Arbeit zu kritisieren. Ihm war lediglich zuge- tragen worden, dass einige Bürger zur Unterschrift gedrängt wurden.

Aus Sicht des Ratsherrn Müller ist der Antrag des Kurvereins Nordseebad Dangast vom 18.11.2009 in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Stra-

ßen und Verkehr vom 07.12.2009 nicht richtig behandelt worden. Der Kurverein beantragte, das in der Zeit vom 21.12.-10.01.2010 in Dangast das Licht länger brennen soll, weil in dieser Zeit viele Feste stattfinden. Er bittet, dem Kurverein möglichst schnell eine Antwort zu erteilen.

Bürgermeister Wagner verweist auf den Beschluss zu TOP 2.2 der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 07.12.2009, in dem abgelehnt wurde, die Anträge einzeln zu behandeln. Zwischenzeitlich fand ein Gespräch mit dem Kurverein statt, die schriftliche Ablehnung erfolgt morgen.

Um 20:15 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung und wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)